

## Hongkong und Macau

\*(25)

### Nationalitäts- und Aufenthaltsrechtsfragen in Hongkong angesichts des bevorstehenden Machtwechsels

Die "Noch"-Kronkolonie Hongkong, die am 1. Juli d.J. an die VR China zurückgegeben wird, zählt z.Z. über 6,4 Mio. Einwohner, davon besitzen einem Bericht des Hongkonger chinesischsprachigen Wochenblatts JSND vom Januar 1996 zufolge rund 700.000 einen ausländischen Paß. Ca. 3,5 Mio. haben einen BNO (British National, Overseas)-Paß, aber nicht alle das Aufenthaltsrecht in Großbritannien. Nur etwa 140.000 von diesen haben durch ein Selektionssystem gemäß dem "British Nationality (Hong Kong) Act 1990" die "echte" britische Nationalität erhalten und können im Notfall nach Großbritannien ausreisen. Ferner gibt es 1,3 Mio. Einwohner mit einem CI (Certificate of Identity)-Ausweis und 210.000 mit einem DI (Document of Identity); sie sind nicht in Hongkong geboren und haben mehr als bzw. noch nicht sieben Jahre lang in Hongkong gelebt.

Der Ständige Ausschuß des chinesischen Nationalen Volkskongresses (NVK) hat am 15. Mai 1996 einen Beschluß zur Erläuterung der Nationalitätenfragen Hongkongs nach dem bevorstehenden Machtwechsel bekanntgegeben. Danach sind alle Hongkonger Bürger chinesischer Abstammung (*zhongguo xuetong*) dem chinesischen Nationalitätsgesetz entsprechend Bürger der VR China, selbst wenn sie einen Paß eines anderen Landes einschließlich Großbritanniens besitzen. Diese dürfen zwar ihr ausländisches Personaldokument für Auslandsreisen verwenden, aber in Hongkong wie in China genießen sie keinen ausländischen Konsularschutz - andernfalls müssen sie auf die chinesische Nationalität per Antrag verzichten, da China keine Doppelstaatsangehörigkeit anerkennt.

Gemäß Art. 24 des vom NVK am 4. April 1990 verabschiedeten Grundgesetzes für die Sonderverwaltungszone (SVZ) Hongkong und einer jüngst vom Büro für Hongkong und Macau des chinesischen Staatsrats (Regierung) am 13. April gemachten Erklärung können

Personen unter den folgenden sechs Kategorien permanente Bürger Hongkongs mit Aufenthaltsberechtigung werden:

1. Vor oder nach der Gründung der SVZ in Hongkong geborene Chinesen, deren Vater oder Mutter zur Zeit ihrer Geburt oder danach mit Aufenthaltsberechtigung in Hongkong wohnhaft ist;
2. Chinesen, die vor oder nach der Gründung der SVZ sieben Jahre lang "gewöhnlich" (*tongchang*) und "kontinuierlich" in Hongkong gewohnt haben, wobei vorübergehender Aufenthalt außerhalb Hongkong zwecks Studiums oder Arbeit z.B. eingeschlossen und illegaler Aufenthalt ausgeschlossen ist;
3. Kinder von Personen der Punkte 1 und 2, die zwar nicht in Hongkong geboren, deren Vater oder Mutter aber zur Zeit der Geburt des Kindes Aufenthaltsberechtigung in Hongkong hat;
4. Nichtchinesen, die mit gültigem Reisepaß sieben Jahre lang "gewöhnlich" (*tongchang*) und "kontinuierlich" in Hongkong gewohnt haben, können bei den Behörden ein Aufenthaltsrecht beantragen, wenn sie permanenter Einwohner der SVZ werden wollen;
5. Kinder von Nichtchinesen unter 21 Jahren, deren Vater oder Mutter zur Geburtszeit des Kindes Aufenthaltsrecht hat. Nach Vollendung des Alters von 21 Jahren müssen sie wie die Personen von Punkt 4 Aufenthaltsrecht beantragen;
6. Personen, die nicht zu den Punkten 1-5 gehören (z.B. Staatenlose), haben vor der Gründung der SVZ nur in Hongkong Aufenthaltsrecht.

Nach der Erläuterung des chinesischen Büros für Hongkong und Macau werden die ausgewanderten Hongkonger Chinesen, die nach dem 1. Juli 1997 zurückkehren, ihr Aufenthaltsrecht in Hongkong nicht verlieren, wenn sie sich nicht als Ausländer bei den Behörden melden. Ausländer sowie Chinesen nur mit ausländischer Staatsbürgerschaft können ihren Status als permanente Einwohner Hongkongs trotz Auswanderung ebenfalls behalten, wenn sie vor dem 1. Juli 1997 oder danach innerhalb von 18 Monaten zurückkehren oder vor der Rückeinwanderung nicht länger als drei Jahre außerhalb Hongkongs gewohnt haben. Es handelt sich hierbei dem Sprecher der Büros zufolge allerdings nur um prinzipielle Vorstellungen Beijings. Für die endgültigen Regelungen der Nationalitäts- und Aufenthalts-

rechtsfrage von Hongkong in der Übergangszeit nach dem Machtwechsel sei noch eine Gesetzgebung der SVZ erforderlich. (DGB und SWB, 15.4.97)

Jüngsten Statistiken zufolge haben 137.859 Kinder auf dem chinesischen Festland, deren ein Elternteil oder beide Teile in Hongkong leben, eine Reise nach Hongkong zur Familienzusammenführung beantragt, doch von chinesischer Seite wird nur eine Ausreiseweite von 45 pro Tag gewährt. (DGB, 27.4.97) Da viele annehmen, daß die Regelung nach dem Machtwechsel noch verschärft wird, wurden in letzter Zeit zunehmend Kinder über die Grenze geschleust. Hongkong schob alle festgenommenen illegal eingereisten Kinder wie Erwachsene unbarmherzig wieder ab, auch wenn deren Vater oder Mutter in Hongkong leben. Noch problematischer ist es für uneheliche Kinder, die nur den leiblichen Vater in Hongkong haben: Nach der o.g. Erläuterung des Büros für Hongkong und Macau sind sie überhaupt nicht berechtigt, ein Aufenthaltsrecht der SVZ Hongkong zu bekommen. -ni-

\*(26)

### Politisches Barometer in Hongkong kurz vor dem Machtwechsel

Einer von der Politischen Abteilung der Hongkonger Regierung im März d.J. durchgeführten telefonischen Meinungsumfrage zufolge beurteilt die Mehrheit der Bevölkerung angesichts der bevorstehenden Rückgabe der Kronkolonie an die VR China (am 1. Juli) die Lage weiter optimistisch. Von den 1.526 Befragten im Alter zwischen 15 und 64 Jahren sind 76% zufrieden mit der gegenwärtigen Situation, 3% mehr als bei einer vergleichbaren Demoskopie im Januar d.J. 24% glauben an eine noch bessere Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten und 49% an keine Änderungen - ebenfalls ein Anstieg gegenüber den Ergebnissen von vor zwei Monaten mit 25% bzw. 45%. Unverändert zuversichtlich sind 73% über eine Fortsetzung von Prosperität und Stabilität des Territoriums, 53% (48% im Januar) empfinden Genugtuung über die allgemeine Leistung der jetzigen Kolonialregierung, 24% (28%) nicht. Als größtes soziales Problem nennen 66% die Wohnungsfrage und 25% die Sozialleistungen und Arbeit. (DGB, 9.4.97)

Ähnliche Ergebnisse brachte eine andere Meinungsuntersuchung des Instituts Survey Research Hongkong vom 7. bis

11. April, im Auftrag gegeben von der englischsprachigen Zeitung *South China Morning Post* (SCMP) und der chinesischsprachigen *Ming Pao*. Von den 1.075 Befragten äußerten sich 78% optimistisch über die Zukunft Hongkongs, etwas weniger als die 80% im Januar. Für 64% der Befragten gilt die Wohnungsfrage als die wichtigste Aufgabe der künftigen Regierung nach dem Machtwechsel; 23% geben der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität und 12% der Sozialhilfe für alte Bürger die politische Priorität. 57% erwarten ein Weiterbestehen der wirtschaftlichen Prosperität auf dem bisherigen Niveau und 25% glauben sogar an eine Steigerung; 51% sind von einer Aufrechterhaltung der Stabilität überzeugt und 34% befürchten eine Störung. Als allgemeiner Vertrauensbarometer für die Bevölkerung ist der wirtschaftliche Index im ersten Quartal d.J. gegenüber dem Vorquartal bei 93 Punkten geblieben, während der politische Index bei demselben Vergleich um einen Punkt auf 94 gefallen ist. (SCMP, 28.4.97)

Nach einer weiteren vom Institut Asian Commercial Research zwischen 8. und 11. April durchgeführten Meinungsumfrage im Auftrag der SCMP ist die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem designierten Regierungschef nach dem Machtwechsel, Tung Chee-hwa (Dong Qihua), von 57% im Februar auf 55% etwas gesunken, die Unzufriedenheit jedoch von 17% auf 20% gestiegen. 45,3% der 586 Befragten haben "wenig Vertrauen" in ihm, weit mehr als 30,2% im Februar. Die Zuversicht der Befragten über seine positiven Leistungen für Hongkong nach dem Machtwechsel ist von 75,2% auf 64,6% zurückgegangen und die Zweifel daran von 16,1% auf 25,4% gestiegen.

Die gestiegene Unzufriedenheit mit Tung ist offenbar auf seine Unterstützung der Politik Beijings zur Einschränkung der Bürgerrechte in Hongkong nach dem Machtwechsel zurückzuführen. Am 9. April hat sein Büro ein Dokument über Gesetzesänderungen für öffentliche Konsultationen veröffentlicht. Danach ist für die Gründung einer Gesellschaftsorganisation und die Veranstaltung von Demonstrationen eine Genehmigung der Behörde erforderlich. Verbindungen politischer Parteien mit dem Ausland sollen in Zukunft verboten werden. (SCMP, 14.4.97) -ni-

Sebastian Heilmann

## Hongkong und die VR China:

### Vier Dimensionen der Integration

Ende November 1996 kam es im Hongkonger *High Court* zu einem Vorfall, der von manchen Hongkongern als böses Omen für die kommende Zeit unter chinesischer Herrschaft verstanden wurde. Im *High Court* herrschen strenge Sitten: Besucher müssen leise sprechen und dürfen nicht fotografieren. Diese Regeln galten als selbstverständlich - bis im November 1996 eine vierzigköpfige Touristengruppe aus der VR China (darunter chinesische Richter und Anwälte, die aus professionellem Interesse gekommen waren) das Gericht heimsuchte: Die chinesischen Besucher zogen lärmend und laut lachend durch das Gerichtsgebäude, überstiegen in einem gerade ungenutzten Gerichtssaal die Gerichtsschranken, machten es sich im Sessel des Vorsitzenden Richters bequem, durchforsteten dort vorbereitete Gerichtsdokumente und verließen trotz wiederholter Aufforderungen den Gerichtssaal nicht eher, bis alle ein Erinnerungsfoto aufgenommen hatten. Bedenklich an diesem Vorfall war aus der Sicht des Gerichtspersonals vor allem, daß die im Gebäude üblichen Verhaltensregeln zuvor detailliert erklärt worden waren, sich die Besucher aber über diese Vorschriften einfach hinwegsetzten (SCMP, 23.11.1996).

Wenn diese Episode ein Vorgeschmack auf das Verhalten der neuen Herrscher in Hongkong sein sollte, dann stünde es tatsächlich schlecht um die angehende Sonderverwaltungsregion (SVR). Wird sich Beijing an die Regeln der britisch-chinesischen "Gemeinsamen Erklärung" von 1984 und des "Grundgesetzes für die Sonderverwaltungsregion Hongkong" von 1990 halten? Oder werden sich die Beijinger Mächtigen über diese Regeln in Hongkong genauso unbedenklich hinwegsetzen wie jene Besuchergruppe im *High Court*?

Von der Entwicklung in Hongkong wird in den westlichen Medien häufig ein düsteres Bild vermittelt. Einige Pessimisten sehen die Panzer der Volksbefreiungsarmee schon durch Hongkong rollen: Unter chinesischer Herrschaft würden nicht nur die Freiheitsrechte mit Füßen getreten; vielmehr werde die Fäulnis der Korruption auch das Hongkonger Wirtschafts- und Rechtssystem rasch zersetzen. Ganz im Gegensatz zu solchen beängstigenden Szenarien sehen Optimisten, die sich vor allem unter Unternehmern finden, großartige neue Chancen: Das Hongkonger Modell werde infolge des Machtwechsels noch stärker an Ausstrahlungskraft nach China hinein gewinnen; Hongkong werde als internationaler Finanzplatz für ganz China eine sprunghafte Aufwertung erfahren und könnte Tokyo und Singapur in absehbarer Zeit als führendes Finanz- und Handelszentrum Ostasiens hinter sich lassen.